



UBS AG: SBPV verurteilt Schliessung des Operation Centers Bern

Der Schweizerische Bankpersonalverband (SBPV) hat am Konsultationsverfahren über das Projekt zur Personalverschiebung der Angestellten im Zahlungsverkehr der UBS von der Schwarztorstrasse in Bern nach Zürich teilgenommen. Zusammen mit der Personalkommission wurden Vorschläge ausgearbeitet mit dem Ziel, diesen Entscheid zu verhindern, zumal eine Region betroffen ist, die in den letzten Wochen und Monaten bereits durch verschiedene Firmenschliessungen und Arbeitsplatzverlegungen hart getroffen worden ist (Allianz-Versicherung, WIFAG, Papierfabrik Deisswil, WeberDruck).

1. Kostenersparnisse auf dem Rücken des Personals

Mit dem Motiv der besseren Kapazitätsausnutzung wurde der Zahlungsverkehr der UBS für die deutsche Schweiz vor ein paar Jahren in Bern zusammengefasst und etliche Mitarbeiter von Zürich nach Bern transferiert. Nun soll das Operation Center an der Schwarztorstrasse in Bern geschlossen werden und der Zahlungsverkehr wieder nach Zürich umgelagert werden. Dieser Entscheid, welcher zwar auf dem Papier Sinn machen und Kostenersparnisse erlauben kann, bewirkt in Wirklichkeit enormes menschliches Leid und erzeugt Kosten, die durch die Restrukturierer heruntergespielt oder gar vergessen werden: Wissensverlust, Ausbildungskosten wie auch Vertrauenskrise des bleibenden Personals kommen zu den Kosten des Umzugs, zu Abfindungssummen und vorzeitigen Pensionierungen und weiteren Logistikkosten dazu. Der Entscheid betrifft 173 Personen, welche mehrheitlich keinen Arbeitsplatz in einem der drei verbleibenden Center werden annehmen können. Der Hauptteil des betroffenen Personals ist weiblich, arbeitet überwiegend Teilzeit und erhält eine bescheidene Entlohnung.

2. Einsparungen ja, aber...

Jeder Manager muss eine optimale Zuteilung der Gebäude vorsehen, indessen auch die bestmögliche Zuordnung des Personals berücksichtigen. Der Standort in Bern war befristet, nachdem die UBS das Gebäude an der Schwarztorstrasse verkauft hat und der Mietvertrag im Jahr 2013 ausläuft. Statt einer abrupten Schliessung hätte der Uebergang während drei Jahren sukzessive erfolgen können. So hätten sich auch die Betroffenen schrittweise anpassen und alternative Lösungen für diejenigen, die nicht umziehen können, gesucht werden können.

3. Eine unwiderrufliche Entscheidung?

Die UBS ist nicht auf die Vorschläge der Personalvertreter im Konsultationsverfahren eingetreten. Jetzt muss beim Kanton Bern interveniert werden, damit die Arbeitsplätze in Bern erhalten bleiben. Die Wirtschaftsförderung wurde über die Pläne der UBS frühzeitig in Kenntnis gesetzt. Verhandlungen mit der UBS und den Personalvertretern müssen eröffnet werden, um eine Lösung zu finden, welche die Interessen der Mitarbeitenden und des Kantons besser wahren. Die Schweiz hat die UBS gerettet. Die politisch Verantwortlichen können und müssen jetzt intervenieren, um die Interessen der Mitarbeitenden und der Bevölkerung zu wahren. Langjährige und treue Mitarbeitende dürfen trotz Sozialplan nicht in der Arbeitslosigkeit enden.

Bern, 22. April 2010

Kontakte für weitere Informationen und Bildmaterial:

Denise Chervet, Zentralsekretärin SBPV
T +41 79 408 92 40

Peter-René Wyder, Zentralpräsident SBPV
T +41 31 328 35 35